



31.08.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgende Pressemitteilung zu Ihrer Kenntnis und Verwendung. Diese Pressemitteilung geht Ihnen auch per Mail zu.

Pressemitteilung „Brutalstmögliche" Abschiebung

Die Stadtverordnetenfraktion „DIE LINKE. Darmstadt" protestiert auf das Schärfste gegen den erneut geplanten Abschiebeversuch des kurdischen Mitbürgers Serif Akbulut.

Serif Akbulut, der seit acht Jahren mit seiner Familie in Hessen lebt, soll in einem vierten Versuch mit einem gecharterten Privatflugzeug in die Türkei abgeschoben werden. Bislang wurde bereits dreimal versucht den 20 jährigen Kurden per öffentlicher Fluglinien abzuschieben.

In allen drei vorangegangenen Abschiebeversuchen war es Serif Akbulut gelungen, in den Maschinen um Hilfe zu rufen und so die Piloten zu bewegen, seinen Transport abzulehnen. Das Regierungspräsidium Darmstadt will nun innerhalb der nächsten zweieinhalb Wochen Akbulut mit einem Privatflugzeug abschieben.

Offensichtlich scheut das Regierungspräsidium Darmstadt dabei keine Kosten. Mit voraussichtlich 25.000 Euro wird der erneute Abschiebeversuch veranschlagt.

Letztendlich verantwortlich zeichnet der hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU), der einerseits eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlingsfamilien fordert, die ihm unterstellten Behörden aber angewiesen hat, diese Menschen rücksichtslos abzuschieben.

Auch eine Petition für Serif Akbulut und seine kranken Eltern beim Hessischen Landtag hat den Innenminister nicht abgehalten, ein Eilverfahren zur Abschiebung in Gang zu setzen. Serif Akbulut und seine Eltern stehen für eine ganze Reihe weiterer Familien, die lange Jahre hier leben und möglicherweise unter eine Bleiberechtsregelung fallen könnten, die bei der Innenministerkonferenz im November beschlossen werden soll. Diese Regelung ist zwar in Aussicht, doch ob und wie vielen der bundesweit 200.000 "Geduldeten" sie einen Aufenthalt bescheren wird, ist offen. Denn die Behörden setzen offensichtlich alles daran, auch Familien, die von einer kommenden Bleiberechtsregelung profitieren könnten, jetzt noch so schnell wie möglich abzuschieben.

Die Stadtverordnetenfraktion „DIE LINKE. Darmstadt" schließt sich den Forderungen des Hanauer Bündnisses für Bleiberecht an, die ein sofortiges Abschiebemoratorium für die Betroffenen und die umgehende Freilassung Serif Akbuluts und ein Bleiberecht für ihn und seine Eltern fordert.

Rainer Keil
Fraktionsvorsitzender

Karl-Heinz Böck
Stadtverordneter